



AUSGABE 61
März 2009

ANALYSEN & ARGUMENTE

Der Nahe Osten nach der Gaza-Intervention

von Michael A. Lange

Nach Monaten der Zurückhaltung Israels ist der Gazakonflikt im Dezember 2008 eskaliert und hat zu einer größeren israelischen Militärintervention geführt, die mehr als 1.300 Menschen das Leben kostete, mehr als 5.000 Verwundete zurückließ, die Infrastruktur des Gazastreifens stark beschädigte und viele Palästinenser obdachlos gemacht hat. Die mit dem „Annapolis-Prozess“ verbundenen Friedenshoffnungen der inzwischen aus dem Amt geschiedenen Bush-Administration sind damit in eine ernste Sackgasse geraten. Um aus ihr herauszufinden, müssen schwierige Fragen beantwortet werden.

Nach den durch die beiden Konfliktparteien jeweils einseitig verkündeten Feuerpausen bestimmen momentan die Verhandlungen über einen dauerhaften Waffenstillstand sowie die Bemühungen um eine internationale Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen das Geschehen. Diese Verhandlungen werden sowohl durch die Politik der neuen US-Administration als vor allem auch durch die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in Israel beeinflusst. Auf palästinensischer Seite spielt dagegen die Frage eines möglichen politischen Kompromisses zwischen der Fatah und Hamas eine dominierende Rolle.

Die vorliegende Studie analysiert die Situation nach dem Ende der Kampfhandlungen und bewertet die Reaktionen und die Optionen aller am Konflikt unmittelbar beteiligten Akteure in der Region. Sie berücksichtigt dabei die neuen politischen Impulse seitens der Obama-Administration und diskutiert die mögliche Rolle Europas bzw. Deutschlands im anstehenden politischen Verhandlungsprozess.

Ansprechpartner

Dr. Michael A. Lange
Teamleiter Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 12
E-Mail: michael.lange@kas.de

Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-940955-62-3



INHALT

3 | EINLEITUNG

3 | ELEMENTE EINES DAUERHAFTEN WAFFENSTILLSTANDS

5 | DER WEG ZU EINEM DAUERHAFTEN WAFFENSTILLSTAND

7 | DEMOKRATISCHE LEGITIMATION POLITISCHEN HANDELNS
(WAHLEN)

9 | DIE REAKTIONEN DER NACHBARLÄNDERN AUF DEN
GAZAKONFLIKT

11 | EINE NEUE NAHOSTPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN?

12 | WELCHE ROLLE FÜR EUROPA BZW. DEUTSCHLAND?

15 | FAZIT

15 | DER AUTOR



EINLEITUNG

Nach Monaten der Zurückhaltung hat Israel am 27. Dezember 2008 die Weigerung der Hamas, die zum 19. Dezember auslaufende halbjährige Waffenstillstandsvereinbarung mit Israel zu erneuern, zum Anlass genommen, militärisch gegen die Hamas im Gazastreifen vorzugehen. Zweifellos war diese Entscheidung die Reaktion auf den seit Monaten andauernden Beschuss seines Territoriums durch die Hamas. Anstatt nach dem Rückzug der Israelis im Jahre 2005 im Gazastreifen eine funktionierende Wirtschaft und Verwaltung aufzubauen und sich auf diese Weise um das Wohlergehen der Bevölkerung im „befreiten“ Gazastreifen verdient zu machen, hatte sich die – seit dem Putsch gegen die Fatah den Gazastreifen dominierende – Hamas mit dem andauernden Raketenbeschuss auf ein „Spiel mit dem Feuer“ eingelassen. Nach dem erfolglosen Bemühen der israelischen Regierung, die Hamas – nicht zuletzt auch mit Hilfe internationalen Drucks – von der Fortsetzung des Beschusses Israels mit bis dahin mehr als 8.000 Kurzstreckenraketen abzubringen, konnte eine solche Reaktion der israelischen Seite eigentlich niemanden überraschen.

Mit ihrer Entscheidung zugunsten eines militärischen Eingreifens machte die israelische Regierung deutlich, dass sie diese militärischen Provokationen nicht mehr länger hinzunehmen bereit war. Mit den Worten: „Enough is enough“ hatte die israelische Außenministerin Livni Tage kurz vor Beginn der Militäroperation zuletzt noch dem ägyptischen Präsidenten Mubarak klar zu machen versucht, dass dieser Zustand für Israel nicht mehr länger hinnehmbar sei. Als es dem, zwischen den beiden Konfliktparteien schon seit Monaten erfolglos vermittelnden, ägyptischen Präsidenten auch in einem letzten Versuch nicht mehr gelang, die Hamas zu einer Feuereinstellung bzw. Verlängerung des Waffenstillstands zu bewegen, gab das israelische Kabinett der Armee grünes Licht für eine militärische Intervention. Angesichts der Tatsache, dass durch den Schmuggel von weiterreichenden Raketen nahezu zwei Millionen Israelis in den Einzugsbereich dieser Waffen gelangt waren, kann es kaum überraschen, dass mehr als 80 Prozent der Israelis diesen Militäreinsatz von Anfang an unterstützten.

Mit dieser Entscheidung der israelischen Regierung war das Eingeständnis verbunden, dass die Hoffnung mancher kompromissbereiter Israelis aus dem Friedenslager, der Waffenstillstand würde vielleicht doch noch bis zu den bereits anberaumten, vorgezogenen Neuwahlen in Israel halten und den moderaten Kräften in Israel bei den bevorstehenden vorgezogenen Neuwahlen nutzen, getrogen hatte. Der Wunsch, die Entscheidung über die weitere Haltung bzw. das weitere Vorgehen Israels gegenüber den Aktivitäten der Hamas lieber einer, mit einem neuen politischen Mandat versehenen, israelischen Regierung zu überlassen, ließ sich unter diesen Umständen nicht mehr realisieren.

Die nur noch kommissarisch im Amt befindliche israelische Regierung sah sich aufgerufen, nun doch noch selbst zu handeln, was sie am 27. Dezember 2008 auch tat.

Nach einer 22-tägigen Militäroperation, welche mehr als 1.300 Menschenleben forderte und große Schäden an der Infrastruktur im Gazastreifen verursachte, verkündete die israelische Regierung am 18. Januar 2009 eine einseitige Waffenruhe und erklärte die mit der Militäraktion verfolgten Ziele für überwiegend erreicht. Die Hamas feuerte ihrerseits noch einige Stunden weitere Raketen auf Israel ab, tat es dann aber der israelischen Regierung gleich und verkündete ebenfalls eine vorübergehende Feuerpause.

Vermittler aus Europa wie den Vereinigten Staaten versuchen seitdem, die vorübergehende Feuerpause in eine dauerhafte Waffenruhe zu überführen. In Ägypten finden momentan indirekte Verhandlungen mit dem Ziel statt, die Forderungen beider Seiten auf dem Verhandlungsweg einer Kompromisslösung zuzuführen.

Die Probleme, die es dabei momentan unmittelbar zu lösen gilt, sind das Erreichen von Kompromisslösungen in drei zentralen Problemkomplexen:

- Dauerhafte Beendigung der Kampfhandlungen (Raketenbeschuss)
- Wiedereröffnung der Grenzübergänge in den Gazastreifen
- Unterbindung des Waffenschmuggels

ELEMENTE EINES DAUERHAFTEN WAFFENSTILLSTANDS

Problemkomplex: Dauerhafte Beendigung der Kampfhandlungen

Zuerst einmal ist wichtig festzustellen, dass die aktuelle Feuerpause von beiden Seiten unilateral ausgerufen und deren Verfestigung an unterschiedliche Bedingungen geknüpft worden ist. Sie muss deshalb als überaus „fragil“ gelten. Israel hatte sich vom Moment seines militärischen Rückzugs aus dem palästinensischen Territorium vorbehalten, im Falle weiterer Raketenangriffe jederzeit wieder militärisch zu antworten, wobei Luftangriffe als das unter diesen Umständen probate Mittel angesehen werden. Die Hamas hatte ihrerseits die Aufrechterhaltung der Feuerpause von einer unmittelbaren Versorgung mit Hilfsgütern und einer absehbaren Wiedereröffnung „aller“ Grenzübergänge in den Gazastreifen abhängig gemacht.

Als nach wenigen Tagen klar wurde, dass die Hamas nicht in der Lage oder willens war, alle militanten Gruppen im Gazastreifen von (vereinzelt) militärischen Aktionen (inkl. Raketenangriffen) gegen Israel abzuhalten, kam es durch den neuerlichen Beschuss Israels mit ca. 40 Raketen zu



einer erneuten Ingangsetzung der Gewaltspirale. Die brüchige Feuerpause muss deshalb auch als ein Indiz dafür gelten, dass die Hamas das (von Israel) unterstellte Gewaltmonopol im Gazastreifen nach den militärischen Auseinandersetzungen eben doch nicht vollständig wiederhergestellt hat. Israel macht zwar die Hamas für alle Aktionen von militanten Palästinensern aus dem Gazastreifen verantwortlich, unterschätzt dabei aber die Möglichkeit von Hamas unabhängigen, militanten Gruppierungen, wie etwa der Fatah-nahen Al-Aqsa-Brigaden oder dem Islamischen Djihaad, militärische Aktionen in eigener Verantwortung durchzuführen. Inwieweit die Möglichkeit zum Hamas-unabhängigen Handeln wirklich besteht, kann aus der Distanz nur schwer beurteilt werden. Offensichtlich verfügen solche Splittergruppen während der aktuellen Verhandlungsphase aber über ein nicht unerhebliches Störpotential.

Problemkomplex: Wiedereröffnung der Grenzübergänge

Mit der Forderung nach Wiedereröffnung der Grenzübergänge sieht sich die Hamas einig mit Teilen der internationalen Gemeinschaft, die der seit Juni 2007 vollständigen Abriegelung des Gazastreifens aus humanitären Gründen ablehnend gegenüberstehen. Sicher ist die totale Blockade aller Land-, See- und Luftwege ein eher umstrittenes Mittel, die politische Führung eines Landes – zu Lasten der Zivilbevölkerung – zu einer bestimmten Politik zu zwingen; allerdings hat die Hamas mit ihrem Putsch, der Vertreibung der Fatah-Grenzposten sowie der Beendigung der EU-Beobachtermission diesen Zustand provoziert bzw. absichtsvoll herbeigeführt.

Die Hamas zeigt sich momentan in der Öffentlichkeit natürlich vor allem bestrebt, der „unschuldigen“ Zivilbevölkerung Hilfsgüter und Wiederaufbauhilfe zukommen zu lassen. Dies tut sie nicht nur aus humanitären Gründen, sondern fordert dies auch in der Hoffnung, sich mit der Steuerung bzw. Beeinflussung der Vergabe dieser Hilfsgüter und Finanzmittel auf Dauer politische Vorteile verschaffen zu können.

Sie besteht deshalb auf die Einbeziehung der Hamas in die Administration der internationalen Hilfe. Durch die Kontrolle von zumindest Teilen der einsetzenden internationalen (humanitären) Hilfe sucht sich die Hamas – ähnlich der Hisbolah im Süd-Libanon seinerzeit – als „Wohltäter der Massen“ zu profilieren. Sie will ihren Anhängern – und nicht nur diesen – auf diese Weise dokumentieren, dass jetzt auch die Hamas und nicht mehr nur die von Fatah kontrollierte Autonomiebehörde in Ramallah in der Lage ist, ausländische Unterstützung zum Wiederaufbau zu mobilisieren. Gleichzeitig versucht die Hamas – ebenfalls in Anlehnung an die Hisbolah – über Cashtransfers aus dem Exil, d.h. aus den die Hamas unterstützenden Staaten wie Syrien und den Iran, größere Finanzmittel in die Hand zu bekommen, um damit den berechtigten Frustrationen vieler ihrer Anhänger bzw.

Bewohner im Gazastreifen über den Konfliktverlauf „kompensatorisch“ entgegenzukommen. Dies scheint der wahre Grund dafür zu sein, dass die Hamas insistiert, allein und nicht etwa in Kooperation mit der Palästinensischen Autonomiebehörde für die Verteilung der Hilfsgüter verantwortlich zu sein. Solange die UN-Einrichtungen die Verteilung der Hilfsgüter nicht in exklusiver, eigener Verantwortung durchführen, kann nicht sichergestellt werden, dass diese Hilfslieferungen nicht einseitig zugunsten der Hamas bzw. deren Anhängern und Sympathisanten verteilt oder möglicherweise sogar verkauft werden.

Es ist unter den gegebenen Umständen nicht auszuschließen, dass sogar Fatah-nahe Bewohner des Gazastreifens – sollten sie von den Zerstörungen durch die israelische Armee betroffen sein – angesichts möglicher Unterstützungsleistungen seitens der Hamas ihre Sympathie und vielleicht sogar ihre zukünftige (Wahl-)Unterstützung vermehrt der Hamas geben werden. Dies kann aus der Sicht der, diese Hilfe bereitstellenden, internationalen Gemeinschaft eigentlich kein akzeptabler Nebeneffekt der diskutierten Hilfslieferungen in den Gazastreifen sein.

Israel verteidigte die andauernde Blockade des Gazastreifens bzw. die Schließung der Grenzübergänge zwischen Israel und dem Gazastreifen mit solchen Befürchtungen, verweist aber auch darauf, dass es schließlich das Recht eines jeden souveränen Staates sei, mit seinem(r) Nachbarland (-region) Handel zu betreiben, oder auch nicht. Der Nahe Osten kennt das Mittel der Grenzschließung zur Genüge und Israel nimmt für sich in Anspruch, nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen nicht mehr (ausschließlich) für die Versorgung dieses Territoriums zuständig bzw. womöglich verantwortlich zu sein. Israel verweist in diesem Zusammenhang auf Ägypten und der Möglichkeit jede Art von Hilfslieferungen auch über ägyptisches Territorium in den Gazastreifen zu transportieren.

Für Israels Haltung ist die Überlegung bestimmend, dass eine politische Führung (Hamas), die das Existenzrecht eines Nachbarstaates (Israel) nicht anerkennt und stattdessen dieses Land über Jahre mit Raketen beschießt, nicht erwarten kann, von genau diesem Land aus mit Gütern des täglichen Bedarfs oder sogar „dual-use“-Produkten wie Baumaterial (Tunnel) oder Düngemittel (Sprengstoff) versorgt zu werden. Allerdings geht die israelische Regierung auch nicht so weit, Ägypten die unkontrollierte Öffnung der Grenze zum Gazastreifen nahezulegen, sondern besteht auf ein international kontrolliertes Grenzregime, wie es bereits 2005 zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde vereinbart worden war. Wegen der Weigerung der Hamas, dieses Regime auf dem von ihr schließlich vollständig kontrollierten Territorium fortbestehen zuzulassen, müsste dies nun auf der ägyptischen Seite der Grenze erfolgen.



Dies lehnt Ägypten aus den im Folgenden noch zu diskutierenden Gründen jedoch ab.

Problemkomplex: Stopp des Waffenschmuggels (Tunnel)

Hauptziel der dreiwöchigen Militäroffensive war neben der Verhinderung eines weiteren Beschusses mit Raketen auch die Unterbindung des Waffennachschubs in den Gazastreifen. Aus diesem Grunde richteten sich zahlreiche Angriffe der israelischen Luftwaffe auf den Grenzbereich zwischen dem Gazastreifen und Ägypten – dem so genannten Philadelphia-Korridor –, in dem in etwa 200 bis 500 Tunnel seit Jahren auch Waffenschmuggel betrieben wird. Diese Tunnel ermöglichen es der Hamas, den israelischen Boykott des Gazastreifens zu unterlaufen und sich kontinuierlich neben Konsumgütern auch mit Sprengstoff, Waffen und weiterreichenden Raketen zu versorgen, um damit den Nachschub für ihre militärischen Aktionen sicherzustellen. Israel hatte seit Monaten vergeblich an Ägypten und die internationale Gemeinschaft appelliert, diesen „illegalen Grenzverkehr“ zu unterbinden und damit den Waffenschmuggel zu unterbinden.

Ägypten wehrt sich gegen diese Forderung unter Berufung auf das israelisch-palästinensische Grenzabkommen vom 15. November 2005, welchem Ägypten nicht angehört. Dieses Abkommen wies der europäischen Kontrollkommission „European Union Border Assistance Mission at Rafah“ („EU BAM Rafah“) an der palästinensisch-ägyptischen Grenze im Einvernehmen mit Israel besagte Kontrollrechte zu. Aufgabe dieser Mission sollte es sein, gemeinsam mit palästinensischen Sicherheitskräften und in Zusammenarbeit mit israelischen Behörden die Grenze zu Ägypten bzw. den Grenzverkehr auf dem Gebiet des Gazastreifens zu kontrollieren. Der Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006 und die zunehmenden innerpalästinensischen Auseinandersetzungen um die Kontrolle des Gazastreifens führten schließlich zur vollständigen Machtübernahme der Hamas und der Beendigung der EU-Mission Mitte Juni 2007.

Die ägyptische Regierung beharrt trotzdem auf dem Standpunkt, dass die Grenzvereinbarung zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde weiterhin in Kraft sei und es deshalb weder eine Verpflichtung habe, die Grenze zu öffnen, noch einer dritten Partei ermöglichen müsse, die Grenze zu sichern bzw. Tunnel zu zerstören. All dies müsse – vertragsgemäß – auf der anderen Seite der Grenze, also auf palästinensischem Gebiet, sichergestellt werden. Israel teilt diesen Standpunkt Ägyptens nicht und argumentiert, dass seit dem Putsch der Hamas die Palästinensische Autonomiebehörde nicht mehr in der Lage sei, im Gazastreifen exekutiv zu agieren und die besagte Vereinbarung umzusetzen. Entsprechend sieht Israel Ägypten am Zug. Der Bereitschaft europäischer Regierungen, zu diesem Zweck Experten nach Ägypten zu entsenden, um im Grenzbereich zum Gazastrei-

fen (Waffen-)Schmuggel zu unterbinden, zeigte die ägyptische Regierung jedoch bis heute die kalte Schulter. Bei einer Außenministerkonferenz in Brüssel verstieg sich die ägyptische Seite sogar zu der Auffassung, dass der besagte Waffenschmuggel eben nicht durch Tunnel aus Ägypten, sondern über Wasser, d.h. vom Mittelmeer aus erfolge. Dies beträfe erneut die Israelis, die den Gazastreifen auch von See her (Mittelmeer) zu blockieren versuchen. Entsprechend wären dann sie oder die internationale Staatengemeinschaft – nicht jedoch Ägypten – für die Unterbindung derartiger Schmuggeltätigkeit von See her verantwortlich bzw. zuständig. Ohne dass diese Argumentation besonders glaubhaft wäre, verhindert diese Haltung Ägyptens bis heute ein Erfolg versprechendes Herangehen an die „Tunnelproblematik“.

Ägypten schwebt wohl ein europäischer, maritimer Einsatz, ähnlich dem im Libanon, vor, zumal auch die Hamas aus offensichtlichen Gründen eine Grenzöffnung fordert, jedoch nicht bereit ist, externe Parteien oder etwa die Fatah an der Grenzkontrolle partizipieren zu lassen.

DER WEG ZU EINEM DAUERHAFTEN WAFFENSTILLSTAND

Israelische Haltung

In Israel war man mit den Ergebnissen der Militäraktion bis zur Entscheidung, diese vorläufig zu unterbrechen, durchaus zufrieden. Es war gelungen, die so genannte „Hamas-Infrastruktur“ (Polizeistationen, Ministerien, Parteibüros, Waffenverstecke etc.) empfindlich zu treffen und dabei auch einige besonders militante Führer der Hamas-Milizen auszuschalten. Man bestritt die Angaben der Hamas, wonach nur wenige Militante, dafür aber sehr viele Zivilisten getötet worden sein sollen und sprach stattdessen von umfassenden militärischen Erfolgen gegen die Hamas-Milizen, die ohne größere eigene Verluste realisiert werden konnten. Zu diesem Erfolg mag sicher auch die List zu Beginn der Kampfhandlungen beigetragen haben, als man die Hamas nach dem Besuch Livnis in Ägypten in dem Glauben ließ, man werde erst am darauf folgenden Sonntag die endgültige Entscheidung über eine Militäraktion fällen. Man ließ die Militäraktion dann aber bereits am darauf folgenden Samstagmorgen beginnen und konnte somit die sich an diesem Tag zur Vorbereitung der bevorstehenden militärischen Auseinandersetzung versammelnden Hamas-Milizionäre erfolgreich angreifen. Neben den dabei erlittenen, überraschend hohen Verlusten auf Seiten der Hamas mag dann später auch die militärische Übermacht der israelischen Bodentruppen dazu beigetragen haben, dass diese selbst in den dicht besiedelten Stadtgebieten auf bedeutend geringeren Widerstand stießen als etwa im Süd-Libanon.



Israelische Koalitionspolitiker wie Israels Verteidigungsminister Barak und Außenministerin Livni sind sich momentan ebenso wie Oppositionsführer Netanjahu uneins über das weitere Vorgehen. Barak hält es für realitätsfern zu glauben, dass eine Waffenruhe und ein Ende des Waffenschmuggels ohne Vermittlung Ägyptens und damit ohne indirekte Verhandlungen bzw. Zustimmung von Hamas erreicht werden könne. Livni dagegen lehnt jegliche, auch indirekte, Verhandlungen mit der Hamas ab. Sie setzt vielmehr weiter auf Verhandlungen mit dem Präsidenten der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bzw. der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, eine Position, die bisher auch von den Vereinigten Staaten und der überwiegenden Zahl europäischer Staaten unterstützt wird.

Allerdings kann Abbas momentan die israelischen Bedingungen für einen Waffenstillstand im Gazastreifen zwar verhandeln, aber weder erfüllen noch an der von Israel geforderten Kontrolle der zu öffnenden Grenzübergänge partizipieren. Momentan blockiert Hamas also eine effektive Einbeziehung des PLO-Chefs in den Verhandlungsprozess um einen dauerhaften Waffenstillstand. Der von einer weiter andauernden, aber fragil bleibenden Feuerpause im Gazastreifen offensichtlich am meisten profitierende israelische Politiker ist der bisherige Oppositionsführer Netanjahu. Dieser lehnt momentan sogar Verhandlungen mit Abbas ab und will sich nach einer evtl. Wahl zum neuen israelischen Ministerpräsidenten auf die Herbeiführung wirtschaftlicher Erleichterungen in der Westbank konzentrieren. Den Gazastreifen will er, solange die „Terrororganisation“ Hamas dort das Sagen hat, weiter isolieren und bei Bedarf auch militärisch weiter unter Druck setzen. Im Extremfall würde er angeblich sogar vor einem militärisch unterstützten „Regime Change“ in Gaza nicht zurückschrecken.

Palästinensische Haltung

Die Haltung der „Palästinenser“ zu einem dauerhaften Waffenstillstand ist uneinheitlich bzw. geteilt. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, ist, ebenso wie der Ministerpräsident der von ihm ernannten palästinensischen Übergangsregierung Fayad, im Gazakonflikt bzw. bei der Suche nach einer dauerhaften Waffenstillstandslösung als politisch handelnder Akteur nur sehr am Rande in Erscheinung getreten. An ihm als Verhandlungspartner haben vor allem die westlichen Staaten und der westlich orientierte „Vermittler“ Ägypten festgehalten. Aus diesem Grunde will Abbas auch keine Verhandlungsergebnisse anerkennen, die ihn, seine Autonomiebehörde bzw. die PLO nicht explizit einschließen würden.

Auch Israel hält Kontakt zu Abbas, wohl wissend, dass er mit Blick auf die jetzt zu verhandelnden Problemkomplexe momentan eigentlich nichts anzubieten hat. Dazu hatte sich

Präsident Abbas in zahlreichen Medienberichten in eine eklatante Gegenposition zur Hamas gebracht, indem er der Hamas wiederholt vorwarf, mit ihrer „Politik der Nadelstiche“ gegenüber Israel der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen, aber eben vor allem auch den politischen Zielen aller Palästinenser schweren Schaden und im Falle Gaza sogar großes Leid zu bereiten.

Wegen der faktischen Impotenz der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah, wirksam in das politische Geschehen im Gazastreifen bzw. in die indirekten Geheimverhandlungen zwischen Hamas und Israel eingreifen zu können, dürfte es auf absehbare Zeit also von noch größerer Bedeutung sein, wie sich die Hamas in dieser Frage verhalten wird. Die Frage, ob die Hamas nach Erfüllung zumindest einiger ihrer Forderungen, über die aktuelle Feuerpause hinaus bereit sein wird, mit dem Staat Israel eine langfristige Waffenstillstandsvereinbarung zu treffen, die einem umfassenden Friedensabkommen zwischen Israelis und Palästinensern den Weg bereiten könnte, bleibt vorläufig also ungewiss. Momentan bemüht sich die ägyptische Regierung dies in separaten Gesprächen mit Vertretern Israels und der Hamas zu klären. Zwar äußerten sich auch einige hochrangige Hamas-Vertreter bereits positiv über den Verhandlungsverlauf; der im syrischen Exil lebende Chef des Hamas-Politikbüros, Chaled Maschaal, schloss jedoch einen dauerhaften Waffenstillstand im Gazastreifen erst in jüngster Zeit wieder aus, solange die israelische Blockade „seines“ Territoriums anhalte. Vieles spricht also dafür, dass die Hamas, nicht zuletzt aus ideologischen Gründen, weder bereit sein wird, der internationalen Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung des Staates Israel nachzukommen, noch mit Israel einen gänzlich „unbefristeten“ Waffenstillstand zu schließen. Dies liegt zum einen daran, dass die Hamas einer Zwei-Staaten-Lösung weiterhin ablehnend gegenübersteht und stattdessen an der umfassenden Befreiung eines ungeteilten, arabischen Palästinas festhält. Hamas widersetzt sich in seiner Charta bis heute vehement dem „historischen Kompromiss“, wie er grundsätzlich schon im UN-Teilungsplan angelegt war und wie er in den Oslo-Verträgen zur Grundlage eines mittel- bis langfristigen Rückzugs Israels aus den „besetzten Gebieten“ bei gleichzeitiger Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates im Tausch gegen Frieden bis heute weiterlebt.

Was einen dauerhaften Waffenstillstand angeht, wird sich Hamas allenfalls bereit zeigen, einem vielleicht längerfristigen, prinzipiell aber immer nur „befristeten“ Waffenstillstand zuzustimmen. Diese Haltung fußt auf einer, bereits in der Epoche der „Islamischen Eroberung“ akzeptierten Möglichkeit der „hudna“, also der Vereinbarung einer durchaus längerfristigen Feuerpause zur Reaktivierung von Kräften und Nachschub. Eine solche „hudna“ vereinbarte etwa schon der Prophet Mohammed in einigen seiner militärischen Auseinan-



dersetzungen mit den „Ungläubigen“, was schon damals weder eine Anerkennung der Gegner noch eine Bereitschaft zur dauerhaften Koexistenz beinhaltete. Sie diente vielmehr schon damals vornehmlich der Neugruppierung der Truppen und der Versorgung mit Nachschub, um den Kampf noch effizienter fortsetzen zu können.

Blickt man auf das kolportierte Angebot der Hamas, einen auf zwölf oder achtzehn Monate befristeten Waffenstillstand ins Auge zu fassen, fällt besonders ins Auge, dass dies der Hamas zum einen ein bestimmtes Maß an Kontrolle über die dann wohl umfangreich einsetzende internationale Hilfe geben würde und zum anderen genau den Zeitraum beschreibt, in dem nicht nur in Israel, sondern vor allem auch in den Palästinensischen Autonomiegebieten Wahlen abgehalten werden müsst(en). Diese Phase dann im Sinne eines Vorwahlkampfes sinnvoll für Hamas Zielsetzungen zu nutzen, ohne ideologisch Grundüberzeugungen preisgeben zu müssen, wäre für die Hamas der entscheidende Vorteil einer solchen Regelung.

DEMOKRATISCHE LEGITIMATION POLITISCHEN HANDELNS (WAHLEN)

Wahlen in Israel

Die auf israelischer Seite am 10. Februar durchgeführten vorzeitigen Neuwahlen fanden in der Erkenntnis der israelischen Wähler statt, dass den meisten von ihnen weder der Rückzug aus dem Süd-Libanon noch der Rückzug aus dem Gazastreifen ein Mehr an Sicherheit gebracht haben. Im Gegenteil: dem Rückzug aus dem Süd-Libanon folgte 2006 nach einem Grenzüberfall der Hisbollah einer der verlustreichsten Waffengänge der letzten zehn Jahre und nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen hat der über Monate unvermindert anhaltende Beschuss mit Raketen noch nicht vollständig aufgehört und deshalb zu dem neuerlichen Militäreinsatz geführt.

Diese Erfahrungen werden viele Israelis in ihrer Ansicht bestätigt haben, dass ihnen auch ein (Teil-)Rückzug aus dem Westjordanland oder gar Jerusalem, ob nun unilateral oder als Ergebnis von erfolgreichen Verhandlungen mit den Palästinensern, nicht zu mehr, sondern wie bislang erlebt, zu weniger Sicherheit verhelfen würde. Diese Einschätzung hat sicher zu dem schlechten Abschneiden des sog. „Friedenslagers“ beigetragen und den konservativen Kräften in Israel noch größeren Zulauf beschert. Vor allem der Likud unter der Führung von Bibi Netanjahu, der mit Blick auf Formeln wie „Land gegen Frieden“ schon immer vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt hatte, konnte mit Blick auf das Wahlergebnis von den Vorgängen im Gazastreifen offensichtlich profitieren.

Die bisherige Regierungskoalition aus der Kadima des bisherigen Ministerpräsidenten Olmert und der Arbeitspartei des bisherigen Verteidigungsministers Barak konnten gegenüber frühen Umfragen zwar von ihrem „robusten“ Auftreten in der Gazakrise profitieren; der israelische Wähler verweigerte dieser Koalition aber angesichts der ungelösten Probleme ein eindeutiges Regierungsmandat. Auch wenn der momentan noch kommissarisch amtierende Ministerpräsident Olmert im Konflikt im Gazastreifen mit unerwarteter Härte vorging und damit im konservativen politischen Lager Unterstützung (für seine Partei) konservieren konnte, werden sich viele Israelis gefragt haben, was ihnen der von der bisherigen Koalitionsregierung verfolgte Dialog mit den Palästinensern bzw. der Rückzug aus dem Gazastreifen bisher tatsächlich eingebracht hat.

Vielen mag es deshalb heute wieder sinnvoller erscheinen, ein Gebiet wie den Gazastreifen dauerhaft zu kontrollieren bzw. wieder zu besetzen, als sich andauernd gezwungen zu sehen, in ein solches, dann auf vielfältige Weise „vermintes“, Gebiet wieder einmarschieren zu müssen, um die dort handelnde politische Exekutive zu „disziplinieren“ bzw. an die internationalen Geflogenheiten eines nahezu souveränen Territoriums zu erinnern.

Zwar wird in Israel bisher nur von wenigen eine solche Forderung nach Wiederbesetzung des Gazastreifens gestellt, jedoch ist das Misstrauen gegenüber vertraglichen Vereinbarungen mit „Palästinensern“ angesichts der Weigerung der Hamas, bisher bereits geschlossene Vereinbarungen mit Israel anzuerkennen, verständlicherweise groß. Für immer mehr Israelis, und dabei vor allem für solche, die Friedensverhandlungen und die daraus resultierenden Friedensabkommen mit Palästinensern begrüßen, ist die Frage, ob sich diese in ihrer Gesamtheit an solche Vereinbarungen gebunden fühlen oder ob sich jede einzelne palästinensische Gruppierung – ungestraft – dem Geist solchen Vereinbarungen entziehen und seine eigenen „Nachbarschaftspolitik“ betreiben kann, von wachsender Bedeutung.

Ihnen stellt sich also schon die Frage, was unter diesen Umständen von einem vorläufigen oder gar endgültigen (unilateralen) Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 bzw. hinter die inzwischen errichtete „Mauer“ erwartet werden kann.

Die konservativen Kräfte in Israel haben sich ihre Meinung schon lange gebildet und lehnen ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Palästinensern ab. Der bisherige Oppositionsführer Netanjahu sieht die einzige aktuelle Chance zum Frieden mit den Palästinensern in einer längerfristigen, wirtschaftlichen Autonomie, die den Bürgern in den Autonomiegebieten, d.h. momentan vor allem im Westjordanland, den Frieden erlebbar machen soll, bevor sie die volle staatliche Souveränität erhalten.



Friedfertigkeit als Ergebnis von wirtschaftlichem Erfolg; ein Gedanke, der wohl eher bei Anhängern der Fatah als bei der Hamas Erfolg verspricht. Für letztere gilt dagegen, dass zuerst die „Freiheit“ und damit verbunden die „Ehre“ und „Würde“ der Palästinenser zurückerkämpft werden muss, und zwar mit „allen zur Verfügung stehenden Mitteln“, bevor wirtschaftliche bzw. materielle Erfolge zählen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sieht der mögliche neue israelische Ministerpräsident Netanjahu wohl auch keine andere Chance, als durch einen „Regime Change“ die politischen Weichen auch im Gazastreifen wieder in Richtung eines Friedenskompromisses zu wenden.

Wahlen in den Palästinensischen Autonomiegebieten

Es ist zweifellos so, dass die jüngsten Ereignisse im Gazastreifen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss nicht nur auf die zukünftige politische Entwicklung in beiden palästinensischen „Teilgebieten“, sondern auch auf die dort zu erwartenden Wahlergebnisse haben werden. Präsidentschafts- wie Parlamentswahlen stehen in den Autonomiegebieten – folgt man der verfassungsrechtlichen Beurteilung durch die jetzige Exekutive – eigentlich erst im kommenden Jahr an. Die Hamas betrachtet dagegen sowohl die Amtszeit des Präsidenten Abbas seit dem 9. Januar 2009 als abgelaufen, als auch die von Abbas inzwischen eingesetzte Interimsregierung als nicht legitim.

Präsident Abbas ist seit dem Machtverlust im Gazastreifen im Juni 2007 mehr denn je auf die politische Anerkennung seiner Rolle als Sprecher aller Palästinenser durch die internationale Gemeinschaft angewiesen. Aus ihr bezieht er gegenwärtig einen großen Teil seiner öffentlichen Legitimation. Genau aus diesem Grunde verweigert sich die Hamas ihm gegenüber und schlägt sogar eine neue Vertretungsorganisation für alle Palästinenser vor. Eine Wiederannäherung zwischen der Hamas, die bisher nicht der PLO angehört, und der Fatah, welche die PLO bis heute dominiert, zur Bildung einer gemeinsamen Regierung bleibt momentan ein eher unwahrscheinliches Szenario. Auch ist nicht erkennbar, wie eine gemeinsame Verhandlungsdelegation „aller“ Palästinenser momentan aussehen könnte. Bisher haben weder die arabischen Vermittlungsversuche im Jemen im März 2008 noch die aktuellen Vermittlungsbemühungen Ägyptens zu einem greifbaren Erfolg geführt. Ohne eine solche kann es aber keine grundlegenden Verhandlungsfortschritte im Nahostkonflikt geben.

Viele Beobachter glauben deshalb, dass die Hamas jetzt erst einmal auf die anstehenden Neuwahlen in den Palästinensergebieten setzen wird – so solche Wahlen in absehbarer Zeit überhaupt stattfinden werden. Die Hamas hat erkannt, dass Wahlen für sie ein probates Vehikel darstellen, legitime Ansprüche auf politische Mitsprache zu begründen und wer-

den – ähnlich der Hisbollah im Libanon – darauf hinarbeiten, die Fatah wieder in eine Koalitionsregierung zu zwingen, in der sich auch ihr Vetorechte erschließen. Sie könnte diesmal sogar mit der Nominierung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten für den Fall drohen, dass man versucht, sie von diesen Wahlen auszuschließen. Auch wenn momentan unklar ist, ob es unter den aktuellen Umständen überhaupt zu Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen in den gesamten Autonomiegebieten kommen wird, muss unter den aktuellen Umständen mit schwierigen Auseinandersetzungen in all diesen Fragen gerechnet werden.

Haben die letzten Wahlergebnisse in den Palästinensischen Autonomiegebieten zwar noch den Schluss zugelassen, dass die Fatah die Wahlen eher verloren, als dass die Hamas sie gewonnen hätte, so ist bei den kommenden Wahlen davon auszugehen, dass die palästinensische Bevölkerung sich vor allem die Frage stellen wird, was die Fatah mit ihrem politischen Verhandlungsansatz bisher erreicht hat und ob nicht die Hamas durch ihren militanten Widerstand, zumindest erfolgreich die „Ehre und Würde der Palästinenser“ (in der Arabischen Welt) verteidigt hat.

Es ist bezeichnend, dass die Hamas – nach der unilateralen Unterbrechung der Kampfhandlungen durch das Israelische Militär – durch den ihrerseits andauernden Raketenbeschuss zu dokumentieren suchte, dass sie „im Felde“ nicht besiegt worden ist, um dann umgehend damit zu beginnen, den Ausgang der militärischen Auseinandersetzung im Ergebnis als einen „Sieg“ darzustellen. Man unterstrich dies durch die augenfällige Disposition von Hamas-Kämpfern in den Straßen der zerstörten Innenstadt von Gaza und durch Verlautbarungen, nach denen „...die Hamas der größten Militärmaschinerie des Nahen Ostens heroisch standgehalten hätte...“. Dies in ihr Kalkül einbeziehend, rechnet sich Hamas gute Chancen aus, in den kommenden Wahlen in den Palästinensischen Autonomiegebieten Erfolg zu haben; zumal die Fatah unter Präsident Abbas in dem Gazakonflikt eigentlich keine für den palästinensischen Wähler spür- bzw. erkennbar positive (politische) Rolle gespielt hat. Es erscheint deshalb nicht abwegig, zu urteilen, dass der Hamas die Militäraktion mit Blick auf die kommenden Wahlen eher genutzt als geschadet hat und es heute durchaus nicht ausgeschlossen scheint, dass diese Wahlen nicht nur eine Hamas-Mehrheit im Parlament, sondern unter Umständen sogar einen siegreichen Hamas-Präsidentschaftskandidaten hervorbringen könnte.



DIE REAKTIONEN DER NACHBARLÄNDER AUF DEN GAZAKONFLIKT

Betrachtet man die Reaktionen in der Region auf die Gaza-intervention, so gilt es – wie immer in solchen Szenarien – zwischen der Reaktion der jeweiligen Bevölkerung und der Haltung der jeweiligen Regierung bzw. Staatsführung deutlich zu unterscheiden.

Die Bevölkerung in den Nachbarstaaten reagierte – angefeuert von einer entsprechenden Berichterstattung durch die bekannten, um nicht zu sagen berüchtigten, überregionalen Privatsender – so, wie sie dies üblicherweise unter solchen Umständen tut. Sie empört sich über das militärische Vorgehen der Israelis ohne auf die Ursachen dieses Vorgehens einzugehen. Sie fordert in nahezu allen Fällen entweder die Ausweisung des israelischen Botschafters (so ein solcher im Land akkreditiert ist) und/oder die Annullierung der existierenden diplomatischen Beziehungen bzw. bilateralen (Friedens-)Abkommen (so diese existierten). Dies war so nach der Libanonintervention, und genauso erlebte man es jetzt wieder im Verlaufe der Gazaintervention.

Die Regierungen bzw. die Staatsoberhäupter, deren exklusives Politikfeld neben anderen natürlich vor allem auch die Außenpolitik gegenüber den Nachbarstaaten ist, befehligen sich in solchen Fällen oft einer diplomatischen Gratwanderung. Zum einen relativieren sie die oft einseitigen, verunglimpfenden Darstellungen in den (oppositionellen) Medien und äußern „berechtigte“ Kritik an politischen Positionen bzw. Vorgehensweisen von Gruppierungen, wie der Hamas. Gleichzeitig mahnen sie aber ein verantwortungsvolleres Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft bzw. Israels an. Um Zeit zu gewinnen, erlauben sie auch „kontrollierte“ Protestkundgebungen, solange diese entweder unter staatlicher Aufsicht oder sogar durch die Staatsorgane selbst organisiert werden. In Gesprächen mit westlichen Staaten bzw. Israel zeigen sie dagegen oft grundsätzlich Verständnis für das jeweilige Vorgehen, sehen sie sich doch oft von den gleichen militanten Kräften herausgefordert wie in diesem Falle Israel.

Die „Vermittler“: Ägypten und die Türkei

Ägypten hatte es – als vom Westen „bevorzugter“ Vermittler zwischen den Palästinensern bzw. der Hamas und den Israelis – in den vergangenen Monaten besonders schwer. Ägypten sah sich in den beschriebenen Konfliktfeldern plötzlich nicht mehr nur als „neutraler“ Vermittler“, der sich als (unentbehrlicher) Teil der Herbeiführung einer Lösung betrachtete, sondern wurde zunehmend zu einem Teil des Problems, da es in immer stärkerem Masse auch eigene Interessen berührt sah. Die bisherige Erfolglosigkeit des ägyptischen Bemühens um einen Kompromiss kann deshalb kaum überrra-

schen. Angesichts der eigenen Verstrickung in Teilaspekte der Verhandlungskomplexe – wie etwa der Grenzkontrolle (Tunnel) – wurde Ägypten von den Israelis nur noch eingeschränkt, von der Hamas teilweise gar nicht mehr als unvor-eingenommener Vermittler gesehen.

Da die Hamas eine Lösung der Grenzkontrollproblematik auf dem Territorium des Gazastreifens (wie zuvor) nicht mehr zulassen, Ägypten aber einer Verlagerung der Grenzkontrollen auf sein eigenes, ägyptisches Territorium aus verschiedenen Erwägungen heraus ebenfalls nicht zustimmen wollte, konnte dieser wichtige Teilaspekt bisher keiner Lösung nähergebracht werden. Als besonders delikate erwies sich die Vermittlerrolle Ägyptens vor allem immer dann, wenn in der Bevölkerung der Eindruck entstand – wie etwa nach dem Treffen zwischen Präsident Mubarak und der israelischen Außenministerin Livni kurz vor dem Beginn der militärischen Auseinandersetzung –, dass der eigene Präsident sein Wissen um israelische Vorstellungen und Pläne – vor allem solche militärischer Art – nicht bereit schien, sofort mit der „Arabischen Seite“, d.h. Hamas, zu teilen. Dies wurde ihm als Verrat an der „Arabischen Sache“ vorgeworfen und schädete seinem Ansehen in der Region zum Teil beträchtlich.

Die in diesem Fall im Wesentlichen von der ägyptischen Muslimbruderschaft, als gefährlichster innenpolitischer Oppositionskraft, vorgetragene Kritik an der unterstellten Verhaltensweise des ägyptischen Präsidenten verschaffte ihr vorübergehend Zulauf. Sie suchte die starke Solidarisierung der ägyptischen Bevölkerung mit den Palästinensern für ihre eigene innenpolitischen Auseinandersetzung mit dem Regime zu nutzen, um zusätzliche Zwietracht zu säen und bei der empörten Bevölkerung Punkte zu gewinnen.

Allerdings gelang es der ägyptischen Staatsführung dann doch wieder, von der teilweise über Gebühr massiven Kritik anderer arabischer Staats- und Medienorgane an Ägyptens Haltung zu profitieren, als diese Kritik nämlich einen nationalen „Verteidigungsreflex“ auslöste und sich immer mehr Ägypter, auch öffentlich bzw. in den veröffentlichten Meinungen eine derart weit reichende, ja als Verunglimpfung ihres Landes empfundene Kritik zu verbaten.

Mit der Türkei hatte sich in den letzten Monaten erstmals ein neuer Vermittler in Szene zu setzen versucht. Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die AKP hat dessen Ministerpräsident Erdogan, neben den seit langem existierenden guten (Militär-)Beziehungen der Türkei zu Israel, vor allem die Beziehungen zu den „kritischen“ Staaten Syrien und Iran sowie zur Hamas intensiviert. Während das israelische Militär seit langem über enge Kontakte in die Türkei verfügt – man sogar gemeinsam Soldaten fortbildet, mit Militärgütern regen Handel betreibt und der israelischen Luftwaffe den türkischen Luftraum für Übungszwecke zur



Verfügung stellt – sind die Kontakte zu den Nachbarstaaten Syrien und Iran erst in letzter Zeit beträchtlich intensiviert worden. Der Ausbau der Beziehungen der Türkei zu diesen Nachbarstaaten sowie zur Hamas hatte zwar vor allem auch wirtschaftliche Gründe, insofern aber auch politische, als die Türkei nach der Libanonintervention Israels eine Chance sah, sich als Vermittler zwischen Israel und den Staaten der Ablehnungsfront bzw. als alternativer Gesprächskanal zur Hamas zu profilieren und damit sogar Ägypten ein wenig den Rang streitig zu machen. Diese Rolle spielte die Türkei mit Blick auf Syrien bis zur israelischen Intervention im Gazastreifen auch ganz erfolgreich. Dann fühlte sich der türkische Ministerpräsident angesichts der „Nichtunterrichtung“ durch ihre israelischen Gesprächspartner über ihre Pläne im Gazastreifen (womöglich noch im Gegensatz zu Ägypten?) jedoch düpiert und beendete seine gerade erst sorgfältig ausgebaut neue Vermittlerrolle im Nahen Osten umgehend. Kurz darauf nahm der türkische Regierungschef dann den Einmarsch israelischer Bodentruppen zum Anlass, das israelische Vorgehen in undiplomatischer, deutlicher Form zu kritisieren. Er beschuldigte Israel öffentlich, unschuldige Zivilisten getötet zu haben und klagte vor dem türkischen Parlament „von Juden unterstützte Medien“ an, falsche Informationen darüber zu verbreiten, was in Gaza an Schrecklichem wirklich passiere. Zuletzt ließ er noch eine Podiumsdiskussion mit dem israelischen Präsidenten Peres in Davos „werb wirksam“ platzen. In der Türkei brachte ihm dies erstaunlich viele Sympathien ein, die er für die in seinem Land anstehenden Kommunalwahlen zu nutzen verstehen wird. Ob die Türkei ihre Vermittlerrolle zwischen Israel und Syrien damit endgültig aufgegeben hat, muss die Zukunft zeigen, vorläufig erscheinen die politischen Beziehungen zu Israel jedoch ernsthaft gestört.

Die Achse der „Bösen“

Der syrischen Führung, die unter türkischer Vermittlung noch bis vor kurzem Erfolg versprechende, inoffizielle Gespräche mit Israel zugelassen hatte, bot die Gazaintervention eine willkommene Chance, sich noch einmal öffentlichkeitswirksam von der aus dem Amt scheidenden, amerikanischen Administration und ihren Friedensplänen zu distanzieren.

Die wegen des Konflikts von vielen erwarteten innenpolitischen Unwägbarkeiten haben der syrischen Führung keine allzu großen Sorgen bereitet. Die als potentieller Unruhefaktor in Frage kommende syrische Muslimbruderschaft nutzt zwar jede Gelegenheit, der in der bekannt, plakativen Solidarität mit dem palästinensischen Volk „gefangene“ Führung des eigenen Landes politisches Entgegenkommen abzutrotzen, konnte aber nicht in gleicher Weise vom Gazakonflikt profitieren wie ihre ägyptischen Brüder. Den Israel-kritischen säkularen Anhängern der sogenannten „Ablehnungs-

front“ wurde angesichts der Ereignisse im Gazastreifen allerdings wieder einmal die Gelegenheit gegeben, die eigene Führung an die verpflichtende, arabische Solidarität zu erinnern und von der Fortsetzung der besagten Verhandlungen mit Israel abzuraten. Dies trifft vor allem auch auf den in Damaskus ansässigen und sich dort in der „Etappe“ als „hardliner“ gerierenden Exil-Führer der Hamas in Gestalt des Herrn Maschaal zu. Dieser Hamasführer sonnte sich auf einer in Katar organisierten Anti-Israel-Prottestkonferenz kurzfristig in der sich ihm dort bietenden Rolle als einzigem (anwesenden) Vertreter des palästinensischen Volkes. Er versucht zwar, den Preis für Zugeständnisse der Hamas an Israel, nicht zuletzt auf Geheiß seiner syrischen Gastgeber, so hoch wie möglich zu treiben, er muss aber aufpassen, dass er sich nicht zu weit von den „vor Ort“ für sinnvoll erachteten Kompromisslinien entfernt. Die könnte sonst nämlich zu einer Spaltung bzw. zu einer Rebellion der Hamas-Vertreter im Gazastreifen von ihrer Exilführung führen. Zudem wird Maschaal wissen, dass er von Syrien auch als Faustpfand für Verhandlungen mit Israel instrumentalisiert wird und es absehbar erscheint, dass im Falle erfolgreicher israelisch-syrischer Verhandlungen sein Status bzw. konkret sein Bleiberecht in Damaskus stark gefährdet wäre. Vor allem, wenn Bibi Netanyahu zum neuen israelischen Ministerpräsidenten ernannt würde, könnte er statt auf einen weiteren Friedensprozess mit den Palästinensern auf einen solchen mit Syrien setzen. Der Likud war immer schon eher an internationalen, vertraglichen Vereinbarungen mit den arabischen Nachbarstaaten als an solchen mit den Palästinensern interessiert, vor allem, wenn die Vereinigten Staaten von ihm entsprechende neuerliche Verhandlungsschritte fordern sollten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hält der Exilführer der Hamas verständlicherweise engen Kontakt zum Iran.

Für den iranischen Präsidenten entwickeln sich die Dinge in der Region – angesichts der Vorgänge im Gazastreifen – gegenwärtig wieder vorteilhafter. Nachdem die israelische Regierung mit ihrer Entscheidung, im Gazastreifen militärisch vorzugehen, dem Iran und dabei vor allem den politischen Kräften um den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad den aus seiner Sicht willkommenen Anlass gegeben hat, die Märtyrerrolle der verbündeten Hamas – ähnlich der Märtyrerrolle der verbündeten Hisbollah – in den Mittelpunkt seiner eigenen Wahlpropaganda zu stellen, sieht der Iran seine Popularität und damit seinen Einfluss in der Region weiter im Wachsen begriffen.

Auch wenn der Konflikt um das iranische Atomprogramm seitens der Vereinigten Staaten in Zukunft möglicherweise auf eine andere als die bisherige Art und Weise einer Lösung nähergebracht werden könnte, wird der Iran radikale Gruppen im Libanon und in Palästina solange weiter unterstützen, wie er nicht anderweitig politisch „entschädigt“ wird. Sollte



etwa der Preis für ein amerikanisches Entgegenkommen im Atomkonflikt das Ende der Unterstützung von Hisbollah und Hamas sein, bliebe erst einmal abzuwarten, wie sich der Iran unter solchen Umständen tatsächlich verhalten würde. Vor allem von einem moderateren iranischen Präsidenten, sollte ein solcher sich bei den kommenden Wahlen im Iran überraschend durchsetzen, könnte man sich auch eine andere Politik gegenüber der Region als Ganzes und besonders mit Blick auf die „Unruhestifter“ Hisbollah und Hamas vorstellen. Dies zu eruieren, hat sich die neue US-Administration unter der Führung des neuen amerikanischen Präsidenten Obama und seiner Außenministerin Clinton offensichtlich auch vorgenommen.

Der Libanon hat dagegen bereits erlebt, was den Palästinensischen Autonomiegebieten jetzt drohen könnte. Im Libanon hatte sich die Hisbollah durch eine ähnliche Vorgehensweise wie die Hamas zwar ebenso viel materielle Schäden und Opfer „eingehandelt“, schließlich aber eine Regierungsbeteiligung und ein Vetorecht im Kabinett erkämpfen können. Die Regierungsbeteiligung von politischen Kräften, die der Hisbollah nahe stehen, als Preis für die Wahl des neuen libanesischen Präsidenten Suleiman muss deshalb als ein Menetekel für die Situation in den Palästinensergebieten gelten. Die dort anstehenden Präsidentschaftswahlen könnten ebenfalls einen „Kompromisskandidaten“ ins Amt führen, der einer neu zu bildenden Koalitionsregierung der nationalen Einheit, ähnlich der im Libanon, noch weniger entgegenzusetzen hätte, als bisher schon der Palästinenserpräsident Abbas. Zweifelloso würde eine solche oder ähnliche Konstellation die Verhandlungen über eine dauerhafte Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern ähnlich kompliziert gestalten wie die zwischen Israel und dem Libanon (Sheba-Farmen).

Die „By-Stander“: Saudi-Arabien/Jordanien

Saudi-Arabien hat sich – ähnlich Jordanien – im Verlauf dieser neuerlichen militärischen Auseinandersetzung mit kritischen Kommentaren sowohl in Richtung Israel als auch in Richtung Hamas eher zurückgehalten. Zwar hält Saudi-Arabien als Initiator das im März 2007 erneuerte Friedensangebot der Arabischen Liga aus dem Jahr 2002, indem Israel im Falle eines Rückzugs aus den 1967 besetzten Gebieten im Rahmen eines umfassenden Friedensabkommens die Anerkennung seines Existenzrechts in Aussicht gestellt wird, formal aufrecht, doch ließen saudische Regierungsvertreter verlautbaren, dass dieses Friedensangebot keine „ewige“ Gültigkeit besitzen müsse. Zwar mögen die meisten Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, aufgeschreckt durch einen sich augenscheinlich atomar bewaffnenden, aggressiven Iran, lieber heute als morgen einen Schlussstrich unter den Dauerkonflikt mit Israel ziehen; doch wollen sie dies nicht in einer Phase großer Unsicherheit wie der jetzigen forcieren. Sie ziehen es vor, jetzt, wo sich in den USA gerade eine neue

Exekutive in ihre Verantwortung findet und in Israel erst noch eine neue Regierung gewählt werden muss, Zurückhaltung zu wahren und Zeit zu gewinnen.

Entsprechend entschied man sich in Riad, zur alten „Scheckbuchdiplomatie“ zurückzukehren und stellte den Palästinensern für den Wiederaufbau im Gazastreifen erst einmal eine Milliarde US-Dollar in Aussicht. Dieser „islamische“ Soliditätsbeweis gegenüber den Opfern der „Israelischen Aggression“ sollte vor allem die Eiferer im eigenen Land beruhigen und gegenüber der Arabischen Welt demonstrieren, dass man Frieden mit Israel durchaus nicht um jedem Preis anstrebt. Auch Jordanien verhielt sich, angesichts einer bekanntermaßen großen Anzahl naturalisierter Staatsbürger palästinensischen Ursprungs, gewohnt zurückhaltend und beließ es bei den üblichen Protestnoten. Auch dort wartet man die ersten deutlichen Schritte der neuen politischen Exekutiven in Israel und den Vereinigten Staaten ab.

EINE NEUE NAHOSTPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN?

Viele Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses und damit einhergehend eine dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts lasten seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barak Obama jetzt natürlich wieder auf der amerikanischen Regierung, dem sicherlich weiterhin entscheidenden „Vermittler“ im Nahen Osten.

In einer ersten Stellungnahme zum Nahostkonflikt hat US-Präsident Obama, für viele überraschend, „aggressive“ Schritte in Richtung Frieden im Nahen Osten angekündigt. Er rief die radikalislamische Hamas auf, den Raketenbeschuss auf Israel endgültig zu beenden, forderte jedoch auch Israel auf, seine Truppen vollständig aus dem Gazastreifen abziehen und Hilfslieferungen zuzulassen. Obama kündigte zudem an, seine Regierung werde sich für ein „glaubhaftes“ System zur Beendigung des Schmuggels im Gazastreifen einsetzen und dafür sorgen, dass „bei geeigneter Überwachung“ ein ausreichender Umfang an Hilfsgütern in das Gebiet gelangen könne.

In Israel haben diese Ankündigungen bereits ein gewisses Unbehagen über den neuen Präsidenten in Washington hervorgerufen. Viele Politiker in Israel hatten wohl eher auf einen Wahlsieg des Republikaners John McCain gesetzt. Vor allem der Likud-Vorsitzende Netanjahu hatte immer schon Probleme mit den „Clintons“ und könnte sich nun – nach für ihn erfolgreichen Wahlen – wiederum einer „Clinton“ als Außenministerin gegenübersehen. In Israel gelten ausländische Politiker gemeinhin nicht allzu viel, die versuchen, die Dinge resolut nach vorn zu treiben und womöglich den Konflikt zu beenden, dabei planen, vielleicht sogar mit der Hamas zu sprechen, illegale Siedlungen zu räumen, oder



womöglich sogar legale, und die besetzten Gebiete zurückzugeben. Dort erinnert man dann gerne daran, dass sich Israel gegen die Gründung eines palästinensischen Staates deshalb wehrt, weil die Palästinenser eben bis heute die militärische/terroristische Option nicht endgültig zugunsten eines Modells der friedlichen Koexistenz fallen gelassen haben.

Die Ernennung des schon im Nordirland-Konflikt erfolgreichen 75-jährigen Vermittlers George Mitchell zum neuen Sondergesandten für den Nahen Osten wurde in Israel mit großer Zurückhaltung zur Kenntnis genommen, weil sich Obama diesmal nicht – wie bisher häufig geschehen – für einen der mit der Region vertrauten jüdischen Unterhändler wie Dennis Ross, Martin Indyk oder Daniel Kurtzer entschieden hat. Vielen Israelis erschien ein von Mitchell im Jahre 2001 vorgelegter Kommissionsbericht zum Ursprung der zweiten Intifada zudem als unausgewogen.

In Israel richtet man sich unter diesen Umständen auf mehr politischen Druck aus Washington ein. Erwartet wird ein neuer, eher „regionaler Ansatz“, der auch die Nachbarstaaten der unmittelbaren Konfliktregion in eine Lösung auch des israelisch-palästinensischen Konflikts von Beginn an mit einbezieht. Die angekündigten Verhandlungen der Vereinigten Staaten mit dem Iran könnten sogar auf einen Versuch hindeuten, die nahöstliche „Achse der Bösen“ (Iran, Syrien, Hisbollah, Hamas) aufzubrechen. Viel spricht dafür, dass Washington Syrien und den Iran auf der Basis eines für beide Seiten annehmbaren Dialogformats gleichzeitig zu Zugeständnissen drängen will. Diese könnten in einer Distanzierung von Terrorgruppen wie Hisbollah und Hamas sowie in einer Beteiligung an der „saudischen Friedensinitiative“ liegen, die ja bereits nahezu alle arabischen Staaten einbindet. Damit würde man auch der alten „Weisheit“ Rechnung tragen, dass es im Nahen Osten ohne Ägypten keinen Krieg, ohne Syrien aber auch keinen Frieden geben kann.

Da Syrien sich aber nur zu einem sehr hohen „Preis“ vom Iran lösen wird, könnte sich ein neuer amerikanischer Politikansatz jetzt durchaus auch gleich direkt an den Iran wenden, um sowohl mit Blick auf den Afghanistankonflikt als auch auf den Palästinenserkonflikt gemeinsame Interessen zu spezifizieren. Sollten diese gemeinsamen Interessen gefunden und zur Grundlage eines gemeinsamen Bemühens um eine Befriedung der Region gemacht werden, ist auch ein dem libyschen Beispiel nachempfunderer, außenpolitische „Deal“ zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten denkbar. Über einen solchen „Umweg“ ließen sich dann die Probleme mit Syrien möglicherweise mit Hilfe geringerer Zugeständnisse lösen, als im Wege direkter Verhandlungen.

WELCHE ROLLE FÜR EUROPA BZW. DEUTSCHLAND?

Nach der israelischen Entscheidung zugunsten eines militärischen Vorgehens im Gazastreifen kann man die bisher mit der Konferenz in Annapolis verknüpften Hoffnungen der inzwischen aus dem Amt geschiedenen Bush-Administration auf einen „Nahostfrieden unter republikanischer Präsidentschaft“ ganz offensichtlich endgültig ad acta legen.

Wirkliche Fortschritte im Nahost-Friedensprozess wird es nach der Regierungsbildung in den Vereinigten Staaten und Israel dann wohl erst wieder nach den Wahlen im Iran im Libanon und dann evt. noch in den Palästinensischen Autonomiegebieten geben.

Europa ist angesichts einer mit Blick auf die Nahostregion eher unglücklich gestarteten tschechischen Ratspräsidentschaft gut beraten, erst einmal abzuwarten, welche grundsätzlich neuen Ideen die jetzt ins Amt gelangte US-Administration mit Blick auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern entwickeln bzw. vorstellen wird. Auch wenn die ersten Schritte der neuen US-Administration nahelegen, dass man sich zunächst auf die Lösung der anstehenden Probleme im Irak und in Afghanistan und den damit verbundenen Fragen konzentrieren will, scheint die neue US-Administration jetzt für eine Abstimmung des Vorgehens mit den europäischen Partnern offener zu sein als zuvor.

Allerdings hat es Europa in der Phase amerikanischer Zurückhaltung im Palästinakonflikt rückblickend auch nicht vermocht, erfolgversprechende eigene politische Akzente zu setzen, sieht man von der erstmaligen, umfassenden Beteiligung an der militärischen Sicherstellung des Waffenboykotts gegenüber der Hisbollah im Libanon einmal ab.

In dieser Phase der bewussten amerikanischen Abstinenz ist zudem ein weiteres Mal deutlich geworden, dass Europa mit Blick auf den Friedensprozess im Nahen Osten nicht mit einer Stimme zu sprechen vermag und nicht in der Lage ist, das sich bietende „Machtvakuum“ im Nahen Osten konstruktiv für eigene politische Beiträge zu nutzen.

Zudem stellen vor allem konservative Israelis immer stärker in Frage, ob Europa, mit seinen zwölf Millionen dort bereits ansässigen Muslimen, noch ein wirklich unvoreingenommener Vermittler sein kann. Neben historischen, gibt es in diesen konservativen politischen Kreisen also auch ganz konkrete, aktuelle Vorbehalte gegenüber einer besonderen Rolle Europas bei der Lösung der Probleme im Nahen Osten.

Die relative Erfolglosigkeit der europäischen Diplomatie im Nahen Osten ist aber nicht allein den unterschiedlichen außenpolitischen Interessen ehemaliger europäischer Kolonial-



mächte geschuldet, sondern liegt auch darin begründet, dass die am Konflikt beteiligten Arabischen Staaten der Region unter keinen Umständen auf die Vereinigten Staaten als Garantiemacht einer wie auch immer gearteten Friedenslösung verzichten wollen bzw. können. Aus arabischer, wie aus israelischer Sicht, kann man sich – wenn überhaupt – nur einem von den Vereinigten Staaten unterstützten Kompromissvorschlag ohne Gesichtverlust „beugen“, niemals einem europäischen, sollte ein solcher unter den gegebenen Umständen überhaupt vorstellbar sein. Sicherlich versuchen die Arabischen Staaten immer wieder, die „Europäer“ zu bewegen, die oft als einseitig empfundenen amerikanische Haltung zu Einzelfragen „aufzuweichen“ und spielen europäischen Vermittlern deshalb gerne Kompromissbereitschaft vor. Wenn es aber um die teilweise schwierige innenpolitische Durchsetzung von politischen Vereinbarungen bzw. Kompromissen geht, werden sich die Arabischen Regime immer allein dem „Großmachtfaktor“ USA beugen und mit dem Verweis, man habe sich nicht gegen den amerikanischen Druck durchsetzen können, herauszureden versuchen. Im Gegenzug werden sie darauf vertrauen, dass die Vereinigten Staaten der jeweiligen politischen Exekutive zur Seite stehen und diese international unterstützen werden, wenn sie unter zu großen innenpolitischen Druck gerät.

Hamas als Verhandlungspartner?

Europa und damit selbstverständlich auch die Bundesregierung sollten deshalb an ihren Bemühungen, eine Zwei-Staaten Lösung durchzusetzen, festhalten. Dies erscheint heute noch wichtiger, wo sich die Positionen der Konfliktparteien mal wieder deutlich verhärtet haben. Ohne ein starkes internationales und damit auch europäisches Engagement werden die Konfliktparteien unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht zueinander finden. Ebenso gilt aber auch, dass es ohne eine Einigung zwischen den beiden bedeutendsten palästinensischen politischen Bewegungen auf ein gemeinsames Vorgehen zur Herbeiführung politischer Lösungen zu keinen Erfolg versprechenden Verhandlungen zur Lösung des Konflikts kommen kann. Deutschland agiert im Nahost-Friedensprozess zu Recht im Rahmen der Europäischen Union. Deshalb sollte die Europäische Union in der momentanen Phase auf eine Lösung der inner-palästinensischen Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas hinarbeiten. In diesem Zusammenhang wird man an der Frage, wie man zukünftig mit der Hamas umzugehen denkt, auf Dauer wohl nicht herumkommen. Nachdem der vorübergehende Einmarsch israelischer Truppen in den Gazastreifen keine neue Fatah-Kontrolle in diesem Gebiet gebracht hat, muss davon ausgegangen werden, dass die Hamas ihre Kontrolle des Gazastreifens wieder festigen wird und zumindest von Verhandlungen über die Erfüllung der Bedingungen eines dauerhaften Waffenstillstandes nicht ausgeschlossen werden kann. Diese Verhandlungen allein den

Ägyptern zu überlassen, erscheint fahrlässig, zumal Ägypten in Teilbereichen der zu lösenden Probleme ja durchaus Eigeninteressen verfolgt.

Also sind neben Israel und den Vereinigten Staaten eben auch die Europäer aufgerufen, über den weiteren Verlauf der Verhandlungen und damit auch über den (Verhandlungs-)Status der Hamas ernsthaft nachzudenken. Es ist verständlich, dass man es jetzt erst einmal den „Arabischen Brüdern“ überlässt, eine Wiederannäherung zwischen den beiden palästinensischen Fraktionen zu bewerkstelligen. Europa kann sich also einer endgültigen Entscheidung in dieser Frage vorläufig noch enthalten, spätestens aber nach einer Einigung zwischen Fatah und Hamas, etwa auf eine Regierung der nationalen Einheit bzw. eine gemeinsame Verhandlungsdelegation, wird sich aber die Frage des Umgangs mit der Hamas wieder neu stellen. Auf Dauer wird man die Hamas vom politischen Willensbildungsprozess in den palästinensischen Autonomiegebieten nicht auszuschließen können, dafür repräsentiert sie einen zu großen Anteil der palästinensischen Bevölkerung. Fraglich ist zudem, wie man angesichts der potentiellen Notwendigkeit, internationale bzw. europäische (?) „Friedenstruppen“ an der Grenze zum oder sogar im Gazastreifen zu stationieren, dies ohne Verhandlungen mit der Hamas bzw. Vertretern der Hamas realisieren will. Die positive israelische Haltung gegenüber der deutschen Beteiligung an der UNIFIL-Mission vor der Küste Libanons hat gezeigt, dass Deutschland als Teil eines solchen Friedenseinsatzes durchaus auch im Interesse Israels sein könnte.

Sinnvoll erscheint es deshalb, zwischen einer Anerkennung der Hamas als Verhandlungspartei auf internationaler Ebene und Gesprächen mit einzelnen Hamas-Vertretern zu unterscheiden. Für eine Einbeziehung in internationale Verhandlungen gelten weiterhin die bekannten Vorbedingungen und dies zu Recht. Gespräche führen könnte man dagegen auf deutlich niedrigerem Niveau, vor allem um – unabhängig von Ägyptern – Spielräume für mögliche Kompromisse eigenständig zu eruieren. Dass es aber das Interesse Israels bleibt, den Wunsch ausländischer Vermittler, auch offiziell mit der Hamas zu sprechen, zurückzudrängen, liegt auf der Hand. Aus israelischer Sicht könnte dies die geforderten Zugeständnisse für eine offizielle Anerkennung der Hamas nur verwässern. Allerdings hat auch Israel in der Vergangenheit immer wieder sowohl mit der Hisbollah als auch mit der Hamas Verhandlungsergebnisse erzielt. Nicht direkt von dem Konflikt betroffene Vermittler sollen sich solcher direkten Verhandlungen jedoch enthalten, bis die von der Hamas geforderten Bedingungen an eine solche diplomatische Anerkennung als offizieller Verhandlungspartner auf internationaler Ebene erfüllt sind.



Deutsche Soldaten als Teil einer internationalen Friedenstruppe?

Sicherlich ist eine Diskussion über die mögliche Beteiligung deutscher Bundeswehrsoldaten an einer Beobachter- bzw. Friedenmission im bzw. am Gazastreifen zum jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht. Noch besteht weder auf ägyptischer Seite noch seitens der Hamas als momentan alleinigem Machtfaktor im Gazastreifen die Bereitschaft, internationale Friedenstruppen auf ihren Territorien überhaupt zuzulassen. Außerdem haben die deutlichen Äußerungen der Bundesregierung hinsichtlich der Schuldfrage im Gazakonflikt eine Einbeziehung auch deutscher Truppenteile in eine solche Mission innerhalb des Gazastreifens eher unwahrscheinlicher werden lassen; schließlich müsste ja im Falle einer Stationierung im Gazastreifen wohl auch die Hamas einer solchen Truppe bzw. Truppenstationierung zustimmen.

Wahrscheinlicher als dieses Szenario ist dagegen ein dem Libanon-Einsatz vergleichbares Angebot der maritimen Sicherung des Waffenboykotts. In diese Richtung zielt ja wohl auch die Einlassung der ägyptischen Regierung, der Waffenschmuggel in den Gazastreifen würde von See aus erfolgen.

Hier stellt sich aber die Frage, ob die israelische Marine den maritimen Zugang zum Gazastreifen nicht bereits effizient kontrolliert. Die vergleichsweise kurze Küstenlinie des Gazastreifens bedarf sicherlich keiner dem Libanon-Einsatz vergleichbaren großen Mission. Außerdem gilt es in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass es den maritimen Verbänden im Libanon – nach israelischen Aussagen – offensichtlich ohnehin nicht gelungen ist, die Wiederbewaffnung der Hisbollah mit Waffen (Raketen) zu verhindern und dass dies wohl auch das wahrscheinliche Szenario im Falle des Gazastreifens sein würde.

Unter diesen Umständen sollte man sich also nicht ohne Not der Gefahr aussetzen, sich ein weiteres Mal an einer Art „Scheinlösung“ zu beteiligen, die nur solange politisch zu vertreten sein würde, solange sich in einem nochmaligen militärischen Konflikt nicht die gänzliche Erfolglosigkeit im Bemühen um die Realisierung eines Waffenboykotts offenbaren würde.

UNRWA forever?

Neben der Frage der Anerkennung der Hamas als Gesprächs- bzw. Verhandlungspartner stellt sich angesichts der momentanen Diskussion um die europäische bzw. internationale Wiederaufbauhilfe im Gazastreifen zum wiederholten Mal auch die Frage, ob die Tatsache, dass im Gazastreifen (sowie in weiteren Flüchtlingslagern in den Nachbarländern) seit Jahrzehnten die gesamte Daseinsfürsorge der Bevölke-

rung (Flüchtlinge) einer eigens zu diesem Zweck eingerichteten UN-Organisation übertragen worden ist, wirklich Ziel führend ist.

Das Handeln einer solchen Organisation in Verbindung mit der sofort nach Kampfeinstellung von allen Seiten in den Gazastreifen strömenden Hilfsgütern und Spendenmitteln etc. verhindert auf Dauer, dass die Bevölkerung im Gazastreifen ganz unmittelbar die Auswirkungen des politischen Handelns seiner Repräsentanten spürt. Wenn ein politischer Akteur angesichts garantierter Versicherungsleistung quasi in „Vollkasko“-Mentalität Politik betreiben kann, ist der Zusammenhang zwischen materieller Not und (verfehlter) Politik nicht mehr darstellbar, weil nicht mehr dauerhaft erlebbar. So erlaubt es diese „automatische“ finanzielle Unterstützung seitens der internationalen Staatengemeinschaft der Hamas, die „Kollateralschäden“ ihrer eigenen Politik, in Form etwa von Zerstörungen von öffentlicher Infrastruktur, individuellem Eigentum wie etwa Häusern, Wohnungen und Kraftfahrzeugen, einfach ungerührt hinzunehmen, weil sie sicher sein kann, diese öffentliche Infrastruktur mit internationaler Hilfe wieder aufbauen und die betroffene Bevölkerung entsprechend kompensieren zu können.

Auf diese Weise kann es einer „Strafaktion“, wie der geschehenen, noch weniger gelingen, Menschen von der Irrationalität des politischen Handelns ihrer Führer (der Hamas) zu überzeugen und langfristig zu einem Umdenken zu bewegen. Es ist zwar richtig, dass es in der Geschichte bisher kaum je gelungen ist, eine (ideologisch manipulierte) Bevölkerung mit Hilfe von Militäraktionen von der Irrationalität der Politik ihrer Führer bzw. zum Handeln gegen diese Führung zu überzeugen; doch sicher ist auch, dass, je eher die Folgen einer solchen Politik aber den Einzelnen auf Dauer spürbar betreffen bzw. auf Dauer schädigen, desto eher ein Meinungsumschwung zu Lasten der aktuellen, verantwortlichen Machthaber erwarten werden kann. Entsprechend ist angesichts des Fortdauerns dieser Daseinsfürsorge mit Blick auf zukünftige Wahlergebnisse auch nicht zu erwarten, dass diese Ergebnisse einem realistischen Urteil über den Erfolg der Regierungsarbeit – in diesem Fall der Hamas – entspringen.

All dies gesagt, bedeutet eine in Kollaboration mit Hamas organisierte internationale Hilfe immer auch die automatische, politische Stärkung einer solchen, die politische Macht ausübenden Organisation. In dem Bestreben, es nicht zulassen zu wollen, dass die palästinensische Zivilbevölkerung für die Taten der Hamas „pauschal“ leiden muss, lassen wir es zu, dass die Hamas die einsetzende Hilfe instrumentalisiert und die Bürger an ihren politischen Vorurteilen festhalten und an der Hamas nicht zweifeln lässt. Organisationen wie die Hamas erfahren angesichts dieser internationalen Hilfe immer eher eine Stärkung ihres politischen Einflusses, als eine Schwächung.



FAZIT

Die Nahostregion ordnet sich momentan wieder einmal neu. Der langjährige Hauptprotagonist einer dauerhaften Friedenslösung im Nahen Osten auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung, die Vereinigten Staaten, sind im Begriff, ihre bisherige Politik zu überdenken und neuen strategischen Überlegungen Raum zu geben. Dabei ist absehbar, dass die (bisher verständliche) israelische Präferenz für bilaterale (Friedens-)Abkommen unter den wachsenden Druck eines möglicherweise regionaleren Friedensansatzes der Vereinigten Staaten geraten wird. Zu viel hängt mit zu vielem zusammen, als dass man weder die Verhandlungen und noch weniger die Lösungen dieser Probleme „bilateralisieren“ könnte. Gerade auch die vertragliche Lösung des Palästina-konflikts bedarf zumindest einer arabischen Ratifikation, da sie allein schon einer umfassenden regionalen Friedenslösung im Wege steht. Auch Syrien und der Libanon werden wohl nur auf einer solchen Grundlage ihre territorialen Probleme mit Israel lösen können. Auch die anstehenden Fragen im Irak und das Verhältnis (der Region) zum Iran können eigentlich nur auf der Grundlage einer solchen regionalen Lösung vorangebracht werden. Auch wenn sich dies nach einem „very great bargain“ anhört, werden partielle Teillösungen angesichts des möglichen Störfeuers asymmetrisch agierender, nicht-staatlicher Terrorgruppierungen wohl nicht mehr erreichbar sein. Würde man auf ihnen bestehen, wäre ein Andauern des Konflikts vorprogrammiert.

Dies mag allerdings nur jene schrecken, die glauben, dass der Konflikt mit den aktuellen Akteuren aus dieser bald „zweiten Flüchtlingsgeneration“ tatsächlich zu lösen sei. Ein stetig wachsender Teil der Bevölkerungen beider Konfliktparteien muss momentan wohl jenen zugerechnet werden, die nicht mehr an einen baldigen Durchbruch im Sinne eines allseits akzeptierten politischen bzw. territorialen Kompromisses glauben. Solange die von diesem Konflikt unmittelbar betroffenen Menschen den Weg zu einem solchen historischen Kompromiss nicht gehen wollen, können auch die engagiertesten Vermittler den Frieden nicht gewinnen. Auch wenn die wichtigsten Elemente eines solchen historischen Kompromisses in aller Klarheit von nicht gerade wenigen Vermittlern bereits beschrieben worden sind und es eigentlich nur gilt, die Kraft für einen „letzten Kompromiss“ aufzubringen, heißt das im Nahen Osten noch lange nicht, dass man dem Durchbruch tatsächlich nahe sei. Der historische Kompromiss harrt nun schon seit immerhin über sechzig Jahren einer allgemeinen Ratifikation, und im Blick zurück auf einen „Friedhof verpasster Chancen“ bleibt uns auch heute weiterhin nichts anderes als Zuversicht und Geduld.

DER AUTOR

Dr. Michael A. Lange
Teamleiter Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS); langjähriger KAS-Auslandsmitarbeiter in der Nahostregion: Jordanien (1981-1985), Tunesien (1985-1988), Israel (1989-1994) und Ägypten (2001-2007).